

# Der Westen muss mehr Strategie wagen

An der Verurteilung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine kann es keinen Zweifel geben. Doch lassen sich die westlichen Staaten möglicherweise in einen geopolitischen Konflikt mit unabsehbaren Folgen hineinziehen. Gastkommentar von Erich Vad



Ob er nun strategisch denkt oder nicht – dieser ukrainische Soldat in Avdivka ist entschlossen, seine Heimat gegen den russischen Vernichtungsfeldzug zu verteidigen. Aufnahme vom Dezember 2022.

CHRIS MCGRATH / GETTY

Russland führt einen Angriffskrieg. Es ist richtig, dass der Westen an der Seite der Ukraine steht und hilft. Aber der ausschliessliche Fokus auf Waffenlieferungen ist problematisch. Der Westen besitzt kein politisch-strategisches Konzept, er hat weder den politischen «Endpunkt» des Krieges definiert noch realistische politische Ziele formuliert. Es fehlt eine europäische Vision und Strategie zur Frage, wie mit Russland perspektivisch umgegangen werden soll.

Waffenlieferungen zur Stabilisierung der Ukraine sind und bleiben wichtig. Es müssen jedoch auch die politischen und strategischen Ziele der Waffenlieferungen definiert und die damit zusammenhängenden Fragen beantwortet werden: Will man mit der Lieferung von Panzern Verhandlungsbereitschaft erreichen? Will man Donbass und Krim zurückerobern? Oder will man Russland militärisch besiegen?

Ohne ein politisch-strategisches Gesamtkonzept, das den Clausewitzschen Primat der Politik sicherstellt und den möglichen Frieden nach dem Krieg im Blick hat, haben Waffenlieferungen nur begrenzten Wert. In der Denktradition von Clausewitz bewegt sich der Westen ständig auf der taktischen Ebene und droht die politischen und strategischen Perspektiven aus den Augen zu verlieren.

## Russische Niederlage?

Ein solches Vorgehen genügt den Anforderungen des Tages, übersieht aber schlichte, wesentliche Tatsachen. Ein Zugriff des geopolitischen Rivalen USA auf die Schwarzmeerregion wäre für Russland ebenso wenig hinnehmbar, wie es der Kontrollverlust in der Karibik und im Panamakanal für die USA oder der Kontrollverlust im Südchinesischen Meer sowie in Taiwan für China wäre. Vor diesem Hintergrund kann sich Russland aus geopolitischen und strategischen Gründen aus dem Donbass und der Krim nicht einfach zurückziehen. Russland wird nach dem Ukraine-Krieg nicht von der Landkarte verschwunden sein. Eine wichtige Frage, die in der Debatte kaum vorkommt, stellt sich hier: Wäre eine militärische Niederlage Russlands für den Westen überhaupt wünschenswert? Wer sollte das damit ent-

Russland hat sich während des Ukraine-Krieges strategisch näher an China angelehnt. Der Westen hat dabei mitgeholfen.

stehende strategische Vakuum in Eurasien füllen und die über hundert unterschiedlichen Föderationssubjekte, Regionen und Oblaste der Russischen Föderation zusammenhalten? Vom Ende her, strategisch gedacht, können ein Sieg über Russland und die damit einhergehende Destabilisierung des Landes nicht im europäischen politisch-strategischen Interesse sein.

Die strategischen Rahmenbedingungen sind und bleiben Teil der internationalen Beziehungen – daran kann keine wertorientierte Aussenpolitik etwas ändern. Strategische Dispositionen sollten, sie müssen in jede politische Lageanalyse einfließen. Dennoch sind sie nicht alles. Unsere Werte, Normen und das Völkerrecht zählen auch. Wenn aber eine Macht in der strategischen Interessensphäre einer anderen Macht interveniert, gibt es von diplomatischem Ärger bis zu gewaltsamen Konflikten vieles, was zum Krieg führen kann. Handelt es sich wie bei Russland um eine Nuklearmacht, ist besondere Vorsicht geboten – auch beim Aggressor, der dies weiss.

Es lassen sich Dutzende Beispiele für die Bedeutung strategischer Interessen zwischen konkurrierenden Machtbereichen anführen. Man denke an die Bedeutung der Karibik für die Sicherheit der USA oder der Golanhöhen und der Strasse von Tiran für die Sicherheit Israels. Für das Nato-Mitglied Türkei gilt Gleiches, ein Land, das in Syrien und im Irak militärisch intervenierte und, parallel zum russischen Überfall auf die Ukraine, die Kurden bekämpfte. Die Türkei reklamiert für ihre strategischen Interessen – Völkerrecht und territoriale Integrität der Nachbarländer hin oder her – eine Sicherheitszone in Syrien und im Irak. Ein freies Kurdistan wird die Türkei aus strategischen Gründen nicht dulden, selbst wenn völkerrechtliche Prinzipien wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker anderes fordern.

China geht es um die strategische Vorherrschaft im Südchinesischen Meer. Wie in einer Perlenkette vereint die von den USA angeführte maritime Einhegung Chinas faktische und potenzielle Verbündete der USA: von Japan über Südkorea, Taiwan, die Philippinen, Vietnam, Malaysia, Indonesien und Singapur bis Indien. Der laufende Territorialkonflikt Chinas mit Japan, Taiwan, Vietnam, den Philippinen und Malaysia um Inselgruppen im

Südchinesischen Meer muss in diesem Kontext gesehen werden. Das Südchinesische Meer verbindet Pazifik und Indischen Ozean. Aus geostrategischer und ökonomischer Sicht, mit Blick auf die Öl- und Gasvorkommen, bleibt den Chinesen strategisch kaum eine andere Wahl, als hart zu bleiben. Das gilt auch für die Position gegenüber Taiwan. Dieses stellt für China das Tor zum Pazifik dar. Deshalb lässt sich der Streit um Taiwan nie ideologisch, sondern nur pragmatisch lösen. Das wissen die USA sehr wohl: Liessen sie dies ausser acht, würde es zu einem militärischen Konflikt führen.

## Strategischer Realismus

Im Hinblick auf den Ukraine-Krieg geht es darum, zwischen einer freien Bündniswahl der Ukraine und der strategischen Balance in Europa abzuwägen. Aus geostrategischer Sicht ist eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine für Russland nicht akzeptabel. Deshalb ist die Forderung, den Russen die Kontrolle über die Krim und die Gebiete mit hoher Zahl russischsprachiger Bevölkerung in der Ukraine zu überlassen oder dem Donbass weitestgehende Autonomie zu gewähren, aus strategischer Sicht realistischer, als auf das ukrainische Selbstbestimmungsrecht oder auf einen lang andauernden Abnutzungskrieg mit hohem Eskalationspotenzial zu setzen.

Russland hat sich während des Ukraine-Krieges strategisch China angenähert. Der Westen hat dabei mitgeholfen. Die Achse Moskau-Peking könnte sich für beide Seiten als strategisch ausbaufähig erweisen. Daneben ist die russische Kooperation mit den Brics-Staaten enger geworden – befördert durch westlichen Boykott russischen Gases sowie andere Sanktionen. Die strategische Anlehnung an China könnte die Lage in Eurasien langfristig zugunsten Russlands verändern. Zu Ende gedacht, kann das nicht im westlichen Interesse sein.

In ihrer strategischen Ausrichtung hat die Nato vom russischen Überfall profitiert. Nie zuvor waren die USA im Westen mehr als Hegemon anerkannt als heute. Dies ist vor allem Putins Aggression zuzuschreiben. Selbst die widerstrebenden Deutschen wollen ihren Verteidigungsetat auf die geforderten zwei Prozent des BIP anheben und ihre Streitkräfte einsatzbereit machen. Mit den neuen Nato-Mitgliedern Finnland und Schweden steht das Bündnis stärker da als zuvor. Ob die USA und ihre europäischen und indopazifischen Verbündeten den Widerstand gegen Russland in Osteuropa und gegenüber China im Indopazifik militärisch und wirtschaftlich werden durchhalten können, ist eine offene Frage. Zu hinterfragen bleibt: Ist es strategisch klug, dass sich der Westen in eine solch schwierige Zweifrontenlage bringen lässt?

In Bezug auf Russland stellt sich die Frage, inwieweit die Fortdauer des Ukraine-Krieges und die mit ihm einhergehende Wiederauflage des Kalten Krieges im strategischen Interesse Europas liegen können. Das kommt auf die Sichtweise an: Osteuropäische Nato-Verbündete wie Polen und die baltischen Staaten, sicherlich aber auch Schweden und Finnland suchen prioritär Schutz, weniger der europäischen Verbündeten als der USA. Andere Verbündete, wie Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien, streben tendenziell nach einem Mehr an europäischer strategischer Autonomie, besitzen aber kaum die politischen Mittel und den ernsthaften Willen, dies auch durchzusetzen.

Wenn man von dem Anspruch ausgeht, ein Global Player und strategischer Akteur zu sein, dann hat sich die Situation der EU, insbesondere aber die Deutschlands, mit dem Ukraine-Krieg massiv verschlechtert. Die Perspektive eines lang andauernden Konfliktes und neuen kalten Krieges mit Russland, das Deutschland wirtschaftlich massiv treffende «strategische Decoupling» von Russland und China, die Nebenwirkungen der Russland-Sanktionen, der EU-Austritt Grossbritanniens sowie die absehbare starke wirtschaftliche Rezession in der Euro-Zone scheinen den Traum von der strategischen Autonomie des Kontinents ins Reich der Illusion zu verweisen. Hinzu kommen Risse innerhalb der EU, zwischen Gründer- und Beitrittsstaaten, Ost- und West-, Nord- und Südeuropäern, zwischen Euro- und Nicht-Euro-Staaten sowie zwischen Nettozahlern und -empfängern. Selten war Europa so gespalten wie heute und in militärischer Hinsicht gleichzeitig so abhängig von den USA.

Die Aufnahme aller EU-Beitritts-Aspiranten sowie der Ukraine in die Europäische Union würde eine grosse Herausforderung darstellen. Die EU bekäme eine über 3000 Kilometer lange Aussen-grenze mit Russland – eine sicherlich zu grosse Aufgabe mit Blick auf die militärische Beistandsverpflichtung, die der EU-Vertrag vorsieht.

In einer absehbar multipolaren Welt, die durch gegenseitige strategische Entflechtung keineswegs sicherer wird, wäre eine Neuaufgabe des Kalten Krieges mit einem Eisernen Vorhang im Osten aus europäischer Sicht keine gute Option. Es wird daher perspektivisch Aufgabe aller geopolitisch verantwortlichen Akteure bleiben, die strategischen Dispositionen der Sicherheitspolitik im Blick zu behalten, um den Weltfrieden nicht zu gefährden.

Erich Vad ist Unternehmensberater und Brigadegeneral a. D. Er war von 2007 bis 2013 Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, Sekretär des Bundessicherheitsrates und militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel.